

TV-Duell um Frankreichs Präsidentschaft:

Der Zusammenprall zweier konträrer Visionen für Frankreich entscheidet auch über den Fortbestand der EU

AUS PARIS

DANNY LEDER

Glaubt man den Umfragen, schien die französische Präsidentschaftswahl noch vor dem gestrigen TV-Duell bereits gelaufen: in den Erhebungen führte der liberale Quereinsteiger Emmanuel Macron, wie gehabt, mit etwa 60 zu 40 Prozent vor der Nationalistin Marine Le Pen. Das bedeutete, dass die Bemühungen von Le Pen in der Vorwoche durch besonders spektakuläre Wahlkampfauftritte ihren Rückstand gegenüber dem Umfrage-Favoriten doch noch wettzumachen, kaum bis über nicht gefruchtet hatten.

Der Zweikampf im TV vom Mittwoch-Abend, drei Tage vor der Stichwahl (am Sonntag), blieb aber trotzdem extrem spannend. Selten noch waren zwei derartig konträre Zukunftsvisionen für Frankreich aufeinandergeprallt, selten noch war eine Wahl in Frankreich von derartiger Bedeutung für den Bestand der EU und damit auch der weltweiten Machtgefüge.

Marine Le Pen steht für eine radikale Abkehr vom Freihandel, sie will auch den EU-Binnenmarkt durch die Wiedererrichtung von nationalen Zollgrenzen aufkündigen. 6000 neu eingestellte Zöllner sollen die Importe kontrollieren. Ein Teil der Importwaren, je nach Herstellungsland und den dortigen Sozial- und Umweltnormen beziehungsweise gemäß dem Eigenbedarf Frankreichs, sollen mit einer drei prozentigen Einfuhrabgabe belegt werden. Dafür hat Le Pen einen eigenen Begriff ersonnen: den „intelligenten Protektionismus“.

Damit will sie die Wiederansiedlung von Fabriken erzwingen und die defizitäre französische Exportbilanz korrigieren. Außerdem soll diese Einfuhrabgabe zur Aufbesserung der niedrigen Gehälter und Pensionen durch Steuerprämien dienen – wobei Le Pen den Pensionsantritt wieder ab 60 Jahren verspricht (derzeit ab 62).

Macron setzt hingegen auf die Erhöhung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft durch die seiner Meinung überfälligen Reformen des starren Arbeitsmarkts und Senkung der Unternehmens-Steuern. Dieser erhöhte Freiraum für Wirtschaftstreibende soll durch soziale Begleitmaßnahmen abgedeckt werden wie die verstärkte Umschulung und Gewährung von limitierten Arbeitslosenstützen auch für Personen, die sich auf eigene Initiative von ihren Arbeitgebern trennen.

Frankreich, das unter den Exportnationen an sechster Stelle steht, könne sich aber nicht aus der Globalisierung verabschieden, warnt Macron: die Auslandsmärkte tragen zu einem Drittel zum französischen Bruttonationalprodukt bei. Würde Frankreich einseitig Zollgrenzen hochziehen, würden sich die Handelspartner revanchieren und verheerende Verluste für Frankreichs Exporteure verursachen. Außerdem kämen die zahllosen französischen Betriebe ins Schlittern, die für ihre eigene Produktion auf Importe angewiesen sind. Und schließlich würden die Konsumenten unter der Verteuerung der Importwaren besonders leiden.

Macron will aber auch mehr soziale Regulierung und Abwehr von Lohn- und Umweltdumping ó allerdings nicht nationalstaatlich sondern im Rahmen der EU, deren šSchutzfunktionö verstärkt werden soll.

In Sachen EU war Le Pen bereits vor dem TV-Duell eingeknickt: bis zum letzten Wochenende hatte sie den šFrexitö und den Ausstieg aus dem Euro als Hauptanliegen dargestellt, ohne denen š70 Prozentö ihres Programms unerfüllbar wären. Seit ihrem Bündnis mit einem nationalkonservativen Politiker beschwichtigt sie, der Euro-Austritt sei nicht mehr prioritär. Gleichzeitig wirbt sie für eine šnationalen Währungö beim täglichen Konsum in Frankreich und den Beibehalt des Euro für šgroße Unternehmen im internationalen Handelö ó ein für die meisten Franzosen verwirrender Vorschlag, den Macron mit der Bemerkung quittiert hat: šMadame Le Pen will, dass wir mit Monopoly-Scheinen einkaufen gehen.ö

Unvereinbar sind auch die Positionen beim Thema Migration: Le Pen will die Beschäftigung von nicht-französischen Arbeitnehmern mit einer Strafabgabe für die Arbeitgeber von zehn Prozent auf den jeweiligen Lohn belegen. Die jährliche Einwanderung von rund 200.000 Personen soll auf 10.000 abgesenkt werden und zuvor, eine Zeitlang, komplett gestoppt werden. Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung hätten kein Recht mehr auf ärztlichen Beistand. Abschaffen würde sie auch das Recht auf die französische Staatsbürgerschaft für alle in Frankreich Geborene bei Erlangung ihrer Volljährigkeit. Macron lehnt alle diese Maßnahmen ab und will hingegen die Polizeikontingente an den EU-Außengrenzen verstärken.